

17.10.2010

Gemeinderatsfraktion Ostfildern

Margarete Schick-Häberle

Telefon: +49 (0)711- 415482 (p)

+49 (0)711-216-5535 (d)

Mobil: +49 (0)176-41423072

Email: schick-haeberle@online.de

Herr Oberbürgermeister, Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger Ostfilderns!

Die Zahlen für den Haushalt 2010 liegen auf dem Tisch: es geht um einen Fehlbetrag von 11,8 Millionen, um die Fortführung begonnener Projekte wie dem Umbau der Stadthalle zu einer Schulmensa mit Bücherei und Hort, um den Erhalt städtischer Infrastruktur, aber auch um Investitionen in neue Projekte. Rundum - um ein dickes Packet von 68 Millionen Euro Aufwendungen und 56 Millionen Euro Erträgen im Jahr 2010.

Intergenerative Gerechtigkeit, ein Schlagwort?

Die Einführung des Neuen Haushaltsrechtes, das den Kommunen vom Land verordnet wurde, hat den Aufbau und die Struktur des Haushaltsplanes verändert. Anspruchsvolles Leit-Thema ist jetzt die „Intergenerative Gerechtigkeit“. Was ist von diesem Schlagwort zu halten, an das sich das Land selbst nicht hält? Wo beginnt intergenerative Gerechtigkeit und wo endet sie? Wie ist sie auf kommunaler Ebene zu verwirklichen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, unter der Überschrift „**intergenerative Gerechtigkeit**“ werden wir in den nächsten Jahren noch viele kontroverse Diskussionen führen, da bin ich mir sicher. Es gibt viele offenen Fragen, die sich uns neu stellen werden. Im Interesse der nachfolgenden Generationen werden wir schonender mit unseren Ressourcen und unserem Lebensraum umgehen müssen und die Prioritäten neu festlegen.

Eines ist für uns Grünen heute schon klar Herr Finanzbürgermeister Lechner und Herr Innenminister Rech: „Intergenerative Gerechtigkeit“ ist mehr als ein Geldverbrauchskonzept. Intergenerative Gerechtigkeit braucht den Mut zu neuen Entscheidungen und den Mut sich zu allen Säulen intergenerativer Gerechtigkeit zu bekennen: Der Ökonomie, der Ökologie und der sozialen Gerechtigkeit. Das ist das Gegenteil aktueller „Klientelpolitik“ mit der sich verschiedene Parteien momentan die Schlagzeilen sichern.

Intergenerative Gerechtigkeit (bisher als Nachhaltigkeit bekannt) heißt für uns die natürlichen Ressourcen für die nachfolgenden Generationen zu bewahren. Die Güterabwägung zum Schutz der Natur, der Luft, des Klimas, des Bodens usw. muss noch intensiver erfolgen und darf im Abwägungsprozess nicht regelmäßig unterliegen.

Den Bürgerinnen und Bürgern wird es immer schwerer vermittelbar, dass sich die die Stadt Ostfildern angesichts der demographischen Entwicklung und der hohen Infrastruktur-Folgekosten nicht auf die **Innenentwicklung** der Ortskerne beschränkt, sondern weitere Bau- und Wohngebiete , auf dem „braunen Acker“ entwickelt. Auch diese finden sich im Haushalt 2010.

Auf diese grundsätzlichen Themen und Diskurse, die uns seit der Gründung der Grünen begleiten, möchte ich heute nicht weiter eingehen. Sie zu verändern braucht andere und neue Mehrheiten. Stattdessen beschränke ich mich heute auf jene Bereiche für das Jahr 2010, die wir ausdrücklich unterstützen, kritisieren oder Chancen für eine breite Mehrheit sehen.

Kinder sind uns wichtig!

Im Bereich der **Kinderbetreuung** werden 2010 (und 2011) neue Investitionen notwendig. In den beiden Stadtteilen Parksiedlung und Scharnhausen laufen die Umbau- bzw. Neubaupläne von zwei kirchlichen Kindergärten auf Hochtouren. Aus den Bauvorhaben der Vorjahre wissen wir, dass 1 Mio. Euro je Projekt nicht ausreichen. Wir Grünen unterstützen beide Investitionsvorhaben, die auch neue Plätze für unter 3jährige schaffen. An die Kirchengemeinden und an die Stadtverwaltung appellieren wir an die Betriebskosten und ans Klima zu denken und energiebewusst zu bauen. Im Zweifel lohnt sich ein „Öko“-Kredit bei der KfW-Bank oder die Gründung einer Genossenschaft für eine Solaranlage. Wir bedauern, dass der Natur- und Waldkindergarten nicht im Haushaltsplan 2010 steht. Der Plan: Zwanzig 3-6jährige Natur-Kinder machen in anderen Einrichtungen 10 Plätze frei für 2jährige. Investitionskosten in Höhe von 26 000,- und ein Betriebskostenzuschuss von 50 000 Euro im Jahr waren wohl zu billig. **Peanuts – eben.**

Die Erhöhung der Kinderbetreuungsgebühren möchten wir aus dem Paket der Steuer- und Gebührenerhöhungen ausnehmen. Wir möchten den Zugang zu früher Bildung nicht erschweren. Jedes Kind soll das Bildungs- und Betreuungsangebot erhalten, das es braucht. **Kinder sind uns wichtig.** Im Moment wird bei den Eltern viel gerechnet, mal darf das Kind in der Kita bleiben, mal nicht. Es wird betreut oder eben nicht. Das Einkommen ist mal brutto, mal netto. Das System ist kompliziert, aufwändige Verwaltungsstrukturen müssen finanziert werden. Demnächst wird die Erziehung zu Hause vom Bund finanziell gefördert und damit einigen weiteren Kindern die Chance auf frühe Bildung verbaut. Es kommen uns in der Zwischenzeit Zweifel, ob wir noch das richtige Gebührensystem haben. Wir sind völlig offen für eine Neuorientierung – bis hin zur Betreuungs- oder **Kita-Flat** - im Sinne einer positiven Vision.

Energie und Klima

Für ein erstes **Leuchtenpaket** soll ein Betrag von 100.000 Euro zur Modernisierung unserer Straßenbeleuchtung ausgegeben werden. Es ist nicht der große Klimaschutz-Ehrgeiz der zu dieser Ausgabe führt, sondern eine EU-Rahmenrichtlinie. Ihretwegen müssen ein Drittel der

Leuchten im Stadtgebiet ausgetauscht werden. Die stromintensiven Quecksilberdampflampen sind ab 2015 im öffentlichen Raum verboten. Da mit moderneren Lampen 44 Prozent des bisherigen Energiebedarfs gespart werden können, ist das finanz- und klimatechnisch eine ausgesprochen sinnvolle Investition. Die zweite Stufe erfolgt 2011. Bedauerlich ist, dass sich die Stadtverwaltung unserem Vorschlag nicht anschließen konnte sich 2009 am Landesprogramm „Energieeffiziente Straßenbeleuchtung“ zu beteiligen.

Das Kommunale Energiemanagement – ist vorbildlich! Es gibt nicht nur enorme Einsparungen an Energie und CO₂ bei den Schulen und anderen städtischen Gebäuden (auch Tiefgaragen), sondern Dank eines versierten Energiemanagers gibt es einen ziel- und ergebnisorientierten jährlichen Energiebericht mit erfolgreichen Maßnahmen und Vorschlägen, die eines belegen: Kommunales Energiemanagement rechnet sich und entlastet den Haushalt. 2007 wurde im Zuge der CO₂-Einsparziele ein Etat von 50 000 Euro im Jahr eingerichtet. Statt den Etat auf sinnvolle 100 000 Euro zu erhöhen, soll er bereits im 4. Jahr (2010) um 10 000 Euro gekürzt werden. Das halten wir für falsch! (Antrag 1).

Den Vorschlag, in Zusammenarbeit mit dem Energieberatungszentrum Stuttgart/Nürtingen eine **Bürgersprechstunde** anzubieten, nehmen wir mit Interesse auf und bitten darum, dies weiter zu verfolgen. Ob die erforderlichen 5000,- zusätzlich eingestellt werden müssen oder aus einem erhöhten Energiemanagementbudget entnommen werden können, soll die Verwaltung dem Gemeinderat darlegen (Antrag 2).

Für die Zukunft regen wir die Prüfung eines **internen Energie-Contractings** über die Stadtwerke an und die Bearbeitung des Themas „**green IT**“, da immerhin 10% des Stromverbrauchs in Deutschland auf die Informations- und Kommunikationstechnik zurückgehen. Das verursacht rund 33 Millionen Tonnen des Klimagases CO₂ pro Jahr.

Der „**Ökostrom**“, den die Stadt im letzten Jahr für die Schule und die Sporthalle im Park bezahlt hat, - das waren etwa zehn Prozent - muss bei nächster Gelegenheit gegen echten Ökostrom mit Neuanlagenquote ausgetauscht werden. Die nächste Gelegenheit ist die Bündelausschreibung des Gemeindetages, zu der zur Zeit Gebäude gemeldet werden können. Neuanlagenquote bedeutet, dass mindestens 33 % aus höchstens sechs Jahre alten Neuanlagen stammen, mindestens weitere 33 % aus Bestandsanlagen, die nicht älter als zwölf Jahre sind. Ohne Quote zahlt man bloß einen „Ökopreis“, kriegt aber keinen Ökostrom, sondern Strom aus längst abgeschriebenen alten Wasserkraftwerken, ohne wirklich was fürs Klima zu erreichen. Und zu guter Letzt sind zehn Prozent echter Ökostrom ein sehr bescheidener Anfang – dieses Jahr sollten schon mindestens 20 Prozent drin sein. Es sind gute Preise zu erwarten, weil sich wesentlich mehr Kommunen mit teilweise großen Anteilen an der Ausschreibung beteiligen und die Strompreise insgesamt etwas gesunken sind (Antrag 3).

Nachhaltige , faire Beschaffung

Unter der Überschrift **nachhaltige faire öffentliche Beschaffung** haben viele Kommunen in den letzten Jahren ihr Beschaffungswesen nach ökologischen und sozialen Kriterien neu geregelt, weil Beschaffungsentscheidungen erheblichen Einfluss haben auf den Ressourcenverbrauch, die Umweltbelastungen und die sozialen Auswirkungen, die durch Produktion , Transport, Gebrauch und Entsorgung der Produkte entstehen. Auf allen Ebenen (EU-Bund-Länder) gibt es entsprechende gesetzliche Regelungen. Die Internationale Arbeits-Organisation (ILO) hat festgelegt, welche sozialen Mindeststandards einzuhalten sind. Da in Deutschland jeder sechste Euro durch die öffentliche Hand ausgegeben wird, können Kommunen mit ihrer Kaufentscheidung viel bewegen (Antrag 4).

Ganzheitliches Verkehrs- und Mobilitätskonzept

Gerade mal 14ct /Einwohner geben wir für die Förderung des Radverkehrs aus, 3 Euro für den ÖPNV und 109 Euro/Einwohner für den Straßenunterhalt (jeweils Zuschussbedarf). Die Belastungen durch den motorisierten Individualverkehr - mit Lärm und Abgasen - nehmen zu. Es fehlt an Anreizen, den PKW auf Kurzstrecken stehen zu lassen und sich nicht-motorisiert fortzubewegen.

Der Mangel an ordentlichen Fahrradabstellanlagen in den Ortskernen und an öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Sporthallen, Kindergärten ist offensichtlich. Fahrradspuren auf der Fahrbahn, Markierungen auf der Straße und an Übergängen gibt es nicht. Bei Instandsetzungen von Straßen ist dies kein Thema, obwohl wir einen Nettoressourcenbedarf im Bereich der Gemeindestraßen von 4,7 Mio Euro haben.

Was fehlt ist ein ganzheitliches **Verkehrs- oder Mobilitätskonzept**, in dem jeder Verkehrsteilnehmer gleichermaßen berücksichtigt wird. Egal ob zu Fuß, per Rad, mit Bus, Bahn oder mit dem Auto unterwegs, jeder Verkehrsteilnehmer hat seine eigene Berechtigung. Ein lokales, ganzheitliches Mobilitätskonzept trägt zur Verkehrsvermeidung bei und verbessert die Aufenthaltsqualität in den Ortskernen. Investitionen können gezielt eingesetzt werden und im Zuge eines Konzeptes nach und nach Berücksichtigung finden.

Sparen mit Augenmaß

Die Finanzsituation der nächsten Jahre zwingt uns zu weiteren Einsparungen. Wir Grünen sind durchaus für eine gute Sparpolitik zu haben.

Neuhausen hat entschieden, dass es kein VHS-Angebot der Ostfilderner VHS will. Neuhausen will sparen. Wir auch. Deshalb soll der Personalüberhang zurückgeführt werden oder in den Bereich von Bildung und Betreuung an den Schulen eingesetzt werden. Die finanziellen Erfordernisse der Ganztagesangebote sind kommunal kaum zu leisten. Der aktuelle HH-Ansatz für das Ganztagesangebot der Lindenschule liegt erstmalig bei über 600 000 Euro. Das Land streicht Lehrerstunden an der Ganztageschule im Park. Die Gymnasien werden ab dem nächsten Schuljahr zu offenen Ganztageschulen. Die kommunalen Aufgaben wachsen, sind schwer zu bewältigen, das Land kommt seinem Bildungsauftrag nicht nach.

Personaleinsparungen dürfen auch bei den **oberen Gemeindeorganen** kein Tabu sein. Wir schlagen vor bei der Neubesetzung der Stelle des Baubürgermeisters eine Vakanz bis 01.10.2010 einzuplanen. Darüber hinaus bitten wir die Höhe der Einsparungen zu ermitteln, die ein Verzicht auf die Position eines ersten Bürgermeisters erbringen könnte.

In Zeiten knapper Kassen sollte auch der **Grunderwerb** auf das Nötigste beschränkt werden. Wir schlagen eine Deckelung auf 200 000,-- Euro vor (Antrag 6).

Gemeinden in der Nachbarschaft machen es uns vor und haben bei den **Bestattungskosten** keinen Zuschussbedarf mehr. Das ist der richtige Weg, da es sich um eine einmalige Leistung handelt. Viele Bürger haben vorgesorgt, es wird viel vererbt. Wo das nicht der Fall ist, gibt es Hilfen nach dem Sozialgesetzbuch. Eine schrittweise Erhöhung des Deckungsgrades bei den Bestattungsgebühren auf 100% ist der richtige Weg.

Weitere Einsparmöglichkeiten sehen wir bei der Zentralisierung von Angeboten und bei der Mehrfachnutzung von Räumen.

Das sind sicher heikle Themen, wollen wir doch alle die Grundstruktur unserer ehemaligen Dörfer und heutigen Stadtteile erhalten. Daran wollen auch wir nicht rütteln. Investitionen für Ortskernsanierungen (aktuell Ruit und Scharnhausen) sind uns wichtig. Die Lebendigkeit eines Ortskernes beruht nicht zuletzt auf Einkaufs-, Begegnungs-, Erholungs- und ÖPNV-Möglichkeiten. Allerdings sollten Leistungen, die nur alle Jahre einmal gebraucht werden - wie z.B. die Ausstellung eines Personalausweises oder Reisepasses - in **einem zentralen Bürgerservice** angeboten werden mit kundenfreundlichen Öffnungszeiten bis in den Abend und am Samstag Vormittag und einer guten Erreichbarkeit mit dem ÖPNV. Wir sollten darüber diskutieren, ob das Beispiel Scharnhausen nicht auf die anderen Stadtteile übertragen werden kann.

Ein altes Thema ist die **Mehrfachnutzung** von vorhandenen städtischen Räumen, die oft die ganze Woche oder tagsüber Leerstehen. Dieses Thema gehört 2010 neu aufbereitet und könnte im Idealfall zum Verzicht einzelner Gebäude führen.

Es sind einige kontroverse Diskussionen, die uns Gemeinderätinnen und -räte dieses und die nächsten Jahre erwarten.

Wir Grünen wünschen uns viele konstruktiven Beiträge im Sinne einer ganzheitlichen intergenerativen Gerechtigkeit und laden die Bürgerinnen und Bürger dazu ein, mit uns ins Gespräch über ein lebenswertes Ostfildern zu kommen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

ZUSAMMENFASSUNG DER ANTRÄGE

1. Der Etat des kommunalen Energiemanagements bleibt bei 50 000,--/Jahr.
2. Die Stadt Ostfildern bietet eine Bürger-Einstiegsberatung 1x im Monat an, in Zusammenarbeit mit dem Energie-Beratungs-Zentrum Stuttgart/Nürtingen.

3. Die Stadt Ostfildern erhöht ihren Ökostromanteil und beteiligt sich bei der nächsten Bündelstromausschreibung des Gemeindetages am Ökostrom-Los mit Neuanlagenquote.
4. Die Stadtverwaltung stellt ein Konzept vor, wie in der Verwaltung die öffentliche Beschaffung nach nachhaltigen, ökologischen und fairen Kriterien erfolgen kann.
5. Die Stadtverwaltung prüft eine Personalkosteneinsparung bei den oberen Gemeindeorganen und bei der Volkshochschule (Ausstieg Neuhausen) und stellt die Ergebnisse dem Gemeinderat vor.
6. Die Stadt deckelt ihre Ausgaben beim Grunderwerb auf 200 000,-- Euro.
7. Die Stadtverwaltung prüft die Erstellung eines lokalen, ganzheitlichen Mobilitätskonzeptes im Rahmen des Haushaltsbudgets und berichtet hierüber dem Gemeinderat.